

Juni 2018

# PALÄSTINA-INFO



Proteste im Gazastreifen • Schulterchluss im rechten Lager • Antisemitismus-Definition •  
Medien und BDS • Apartheid-Studie • Kulturboykott

# Editorial

Geplant war ein Palästina-Info mit Analysen und Kommentaren zu bedenklichen Entwicklungen innerhalb Israels. Die immer offener artikulierten Annexionsabsichten der regierenden Parteien, der Schulterschluss mit rechtspopulistischen Regierungen in Europa und der Trump-Regierung, die Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen und allgemein der schrumpfende Freiraum für progressive zivilgesellschaftliche Bewegungen sind Themen, die uns beschäftigen. Die Geschehnisse der letzten Wochen haben uns dann aber eingeholt und fliessen in Form von Bildern und zwei inhaltlichen Beiträgen zu den Protesten im Gazastreifen in diese Nummer ein.

Seit dem 30. März nehmen Zehntausende von PalästinenserInnen am „Grossen Marsch der Rückkehr“ an der Sperranlage zwischen dem Gazastreifen und Israel teil. Ihre Forderung: das Umsetzen ihres Rückkehrrechts und ein Leben in Würde und Freiheit. Das israelische Militär greift die Protestierenden mit tödlicher Gewalt an. Weit über 100 PalästinenserInnen wurden getötet und über 10 000 zum Teil schwer verletzt. In einem Artikel berichtet Haidar Eid aus Gaza über die Gründe, weshalb seine StudentInnen und er selber am Marsch der Rückkehr teilnehmen. Und macht klar, dass es nicht wegen der Hamas ist.

Die Proteste thematisieren auch die humanitäre Situation im Gazastreifen, im Zentrum stehen aber politische Forderungen und Ziele. Ein Ausweg aus der prekären Lage ist nur unter Bedingungen von Freiheit und Gleichberechtigung vorstellbar. Gregory Shupak erläutert, weshalb es falsch ist, den Gazastreifen ausschliesslich in der Sprache von Nothilfe und Humanitarismus zu beschreiben.

*Cover: Boote aus dem Gazastreifen versuchen die israelische Seeblockade zu durchbrechen und u.a. Verletzte nach Zypern zu bringen. Siehe International Freedom Flotilla Coalition (IFFC), <https://iffp.freedomflotilla.org/about-just-future-palestine>. Die übrigen Fotos, wo nicht anders gekennzeichnet, sind Impressionen vom Grossen Marsch der Rückkehr im Gazastreifen.*

Der Artikel „Gleich und gleich gesellt sich gern“ beleuchtet rechte Seilschaften zwischen der aktuellen Regierung in Israel und PolitikerInnen und Parteien in Europa. Angesichts dieser Zusammenarbeit mit dem rechten Rand wird klar, dass der oft verwendete Antisemitismusvorwurf nicht auf eine Auseinandersetzung mit tatsächlichem Antisemitismus abzielt, was auch einige BündnispartnerInnen Israels betreffen würde, sondern in erster Linie dazu dient, Kritik an der israelischen Politik zu diffamieren. Welche Rolle die Definition eines offiziellen Antisemitismusbegriffs dabei spielt, wird im Beitrag „Irrwege einer Arbeitsdefinition“ besprochen. Und dass auch Schweizer Medien den Antisemitismusvorwurf unhinterfragt reproduzieren und sich damit an der Diffamierungskampagne beteiligen, zeigt die Analyse diverser Reaktionen auf Beanstandungen, die BDS Schweiz in den letzten Monaten eingereicht hat.

Im April war die Politologin Virginia Tilley in Genf zu Besuch. Sie ist Mitautorin eines Berichts zuhanden der UN, der zum Schluss kommt, dass Israel ein Apartheidregime über die gesamte palästinensische Bevölkerung ausübt. Diese Analyse von Israel als Apartheidsstaat bietet neue Anknüpfungspunkte für Diskussionen und auf Veränderung abzielendes Handeln, wie Florian Rochat zeigt.

Nebst der Anbietung bei AfD und Co. versucht die israelische Regierung, sich durch diverse Grossanlässe in ein gutes Licht zu stellen und Unterstützung im Ausland zu gewinnen. Der Schuss kann aber nach hinten losgehen: Mit der Annullierung des Freundschaftsspiels zwischen der argentinischen und der israelischen Fussballmannschaft hat die BDS-Bewegung einen grossen Erfolg verbucht. Er reiht sich ein in eine

Reihe von Konzert-Absagen und Distanzierungen von Kulturschaffenden in den letzten Wochen, die wir im Überblick zur BDS-Kampagne auführen.

*Wir wünschen eine anregende und zu Widerstand motivierende Lektüre!*

## Empfehlungen der Redaktion

### **palaestina-nachrichten.de**

Ein neues Palästina-Portal, das deutschsprachigen Interessierten anhand von geprüften Quellen aktuelle Nachrichten aus den besetzten Gebieten liefert.

### **bit.ly/2t1YQn**

Playliste mit 180 Liedern zu Palästina aus 30 Ländern

Dazu ein ausführlicher Artikel, der sich mit 70 Jahren Liedgut aus Palästina im Kontext eines kulturellen Verdrängungskampfes befasst, von Emmanuel Dror, „Soixante-dix ans de chansons pour la Palestine“, *Contretemps*, [www.contretemps.eu/chansons-palestine](http://www.contretemps.eu/chansons-palestine)



Ein unverzichtbares Buch für alle, die davon überzeugt sind, dass es äusseren Druck auf Israel braucht, um die palästinensischen Grundrechte durchzusetzen. Das Buch kostet Fr. 21.–/€ 17.90 (plus Porto) und kann bei uns bestellt werden. Zustellung (inkl. Rechnung) innerhalb einer Woche.

**Bestellungen** an [kontakt@bds-info.ch](mailto:kontakt@bds-info.ch)

# Proteste im Gazastreifen

Zwei Beiträge aus dem Gazastreifen zu den aktuellen zivilgesellschaftlichen Protesten und ihrer politischen Dimension.



## Warum ich am 14. Mai in Gaza nahe am israelischen Sperrzaun demonstriert habe

*Haidar Eid*

Nein, es war nicht, weil die Hamas „mich dazu aufgefordert hat“.

Ich bin zwei- bis dreimal pro Woche zum Grossen Marsch der Rückkehr in Gaza gegangen, seit er am 30. März begann. Dadurch fühle ich mich meinem Dorf Zarnouqa näher, das einst in der Nähe der ehemaligen palästinensischen Stadt al-Ramla stand. Israelische Milizen haben das Gebiet 1948 ethnisch gesäubert und Zehntausende von PalästinenserInnen, einschliesslich meiner Eltern, vertrieben. Der Grosse Marsch der Rückkehr ist der Beginn unseres langen Weges zur Freiheit, um diese Ungerechtigkeit von 1948 rückgängig zu machen.

Wir marschieren aus drei Gründen. Erstens fordern wir die Umsetzung der UN-Resolution 194, die die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge auf ihr Land vorsieht. Zweitens wollen wir, dass die völkermörderische Belagerung des Gazastreifens durch das israelische Apartheidregime aufgehoben wird. Drittens weisen wir uns, die Entscheidung zu ak-

zeptieren, dass die US-Botschaft ins besetzte Jerusalem verlegt wurde.

Wir DemonstrantInnen gehören allen Bereichen der palästinensischen Zivilgesellschaft und dem ganzen Spektrum politischer Organisationen an. Ungeachtet dessen, was die zionistische Hasbara (Propaganda) glauben machen will, war es nicht die Hamas, die uns „zum Marsch aufgefordert hat“. Der im März gebildete nationale Ausschuss besteht aus VertreterInnen aller palästinensischen politischen Organisationen, darunter die Fatah, die Volksfront für die Befreiung Palästinas, die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas und die Nationale Initiative.

Am 14. Mai war ich einer von Zehntausenden von BewohnerInnen Gazas, die beschlossen, zum östlichen Sperrzaun zu gehen, der von israelischen Scharfschützen gesäumt war. „Heute wird ein grosser Tag in der palästinensischen Geschichte! Ein Tag, an den sich alle PalästinenserInnen, AraberInnen und freiheitsliebenden Menschen noch lange er-

innern werden!“, schrieb ich auf meine Facebook-Seite, kurz bevor ich an diesem Tag mein Haus verliess, um mich mit meinen drei Freunden – einem Akademiker, einem Verkäufer und einem Aktivist – dem Marsch anzuschliessen.

Wir waren Zehntausende – Männer, Frauen und Kinder, ganze Familien aus allen Gesellschaftsschichten. Diese Menschenmassen, die unbewaffnet zum Zaun zogen, um ihr Recht auf Rückkehr einzufordern, beunruhigten Israel. Die Regierung gab den SoldatInnen die Anweisung, alle ZivilistInnen zu erschiessen, die versuchen, „über die Sperranlage zu gelangen“. Und so wurde bereits um neun Uhr morgens geschossen. Ich sah, wie Frauen, Kinder, Amputierte, junge Männer und ältere Menschen erschossen wurden, obwohl sie nicht versuchten, „über die Sperranlage zu gelangen“. Einem jungen Mann, dessen Gesicht ich nie vergessen werde, wurde in den Bauch geschossen. Er schaffte es nicht bis ins Krankenhaus.

Einer jungen Frau, deren Gesicht mit einem palästinensischen Kufija bedeckt war, wurde in den Hals geschossen. Sie hat jedoch überlebt. Am Ende dieses Tages hatten wir 60 Menschen verloren und mehr als 2700 wurden verletzt. [...] Dann erhielt ich die Nachricht, dass mein Freund Ahmed al-Udini erschossen worden war, der eine dreijährige Tochter hinterlässt. Er war ein linker Studentenaktivist, der sich nach seinem Abschluss der BDS-Gruppe in Gaza angeschlossen hatte und als Moderator beim Al-Shaab-Radio arbeitete. Er stellte keine „Terrorbedrohung“ dar, wie es Israel glauben machen will.

Als wir aufbrachen, ihn und die übrigen Toten zu begraben, wussten wir, dass wir von allen im Stich gelassen worden waren. Die bittere Realität ist, dass wir allein sind, unter Belagerung und für manche, die angeblich unsere Brüder und Schwestern sind, sogar unerwünscht.

Seit sechs Wochen sind wir dem Ansturm einer der schlagkräftigsten Armeen der Welt ausgeliefert, die Hunderte von Atomsprenköpfen, mehr als 150 000 Soldaten im

aktiven Dienst, Merkava-Kampfpanzer, F-16-Jets, Apache-Angriffshubschrauber, Kanonenboote und Drohnen besitzt.

Wenn Israel uns nicht abknallt oder bombardiert, unternimmt es grosse Anstrengungen, um sicherzustellen, dass wir in Gaza unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen. Wir haben nur vier Stunden am Tag Strom, 95 Prozent unseres Wassers ist ungeniessbar und unsere Schwerkranken sterben langsam vor sich hin, während sie monatelang auf eine Genehmigung zur Behandlung im Westjordanland warten.

### **Al-Shifa-Spital am Rande des Zusammenbruchs**

Obwohl unsere Krankenhäuser, die bereits durch die Belagerung geschwächt sind, seit dem 30. März mit 12 000 Verletzten zu kämpfen haben, unternehmen die meisten arabischen Regime und die mitverantwortliche EU absolut nichts, ausser zaghafte Erklärungen abzugeben. In Wirklichkeit haben sie die PalästinenserInnen jahrelang im Stich gelassen, und bis heute besteht die offizielle internationale Haltung aus einer Mischung aus Feigheit und Heuchelei.

Die internationale Gemeinschaft, die UNO, die EU und die arabischen Führer haben zu den Gräueltaten des israelischen Apartheidregimes weitgehend geschwiegen. Stattdessen bitten sie uns in Gaza, dem grössten Konzentrationslager unter freiem Himmel, stillzuhalten, um die israelischen Besatzer nicht zu belästigen.

Von uns wird erwartet, dass wir uns als „Hauspalästinenser“ verhalten, wie die Haussklaven, die ihren weissen Herren dankbar sein und sich damit zufrieden geben mussten, die Reste von ihren Tischen zu essen. Wir müssen unseren langsamen Tod akzeptieren und sollen keinen Widerstand leisten. Wenn wir erschossen werden, dann ist es unsere eigene Schuld.

Während wir unsere Toten begraben, wissen wir, dass uns nur eine tragbare Option bleibt. Wir können nicht darauf warten, dass der UN-Sicherheitsrat, die EU oder die Arabische Liga tagen.

Diese Option heisst „Macht des Volkes“, der einzigen Kraft, die in der Lage ist, sich der israelischen militärischen Besatzung entgegenzustellen. Wir haben uns entschieden, für die Würde zu kämpfen. Es ist eine Abkehr von der jahrelangen Selbsttäuschung, die die Sklaverei unter Besatzung als vollendete Tatsache darstellt. Was bei diesem Beschluss der palästinensischen Zivilgesellschaft und aller politischen Kräfte herausgekommen ist, ist der Grosse Marsch der Rückkehr. Die einzige Option für uns besteht darin, in die Fussstapfen des südafrikanischen Kampfes zu treten. Seine Akteure haben auf Massenmobilisierungen vor Ort gesetzt und nicht auf gleichgültige Regierungen in aller Welt.

Welche Hoffnung hätten die SüdafrikanerInnen in die Hilfe von Leuten wie Margaret Thatcher und Ronald Reagan setzen können? Es lag an den einfachen SüdafrikanerInnen und BürgerInnen in aller Welt, die Verbrechen des hässlichen Apartheidsystems abzulehnen und zu bekämpfen.

Unser Hauptvorteil als PalästinenserInnen in diesem ungleichen Kampf ist, was Edward Said „die hohe moralische Grundlage“ nannte. Unser unvermeidlicher Sieg wird das Ergebnis unserer Standhaftigkeit sein, die trotz des Gefühls, dass wir auf uns allein gestellt sind, nicht schwankt.

Quelle: Al Jazeera, 5. April 2018

*Haidar Eid, Professor für Literatur, BDS-Aktivist und politischer Kommentator.*

## **Koloniales Problem statt „humanitärer Krise“**

*Gregory Shupak*

**Was in Gaza geschieht, ist eine politische Katastrophe, die eine politische Lösung erfordert: die Befreiung der PalästinenserInnen.**



Die Lebensbedingungen in Gaza werden oft in der neutralen Sprache von humanitärer Hilfe und Armut beschrieben. In einem am 6. Februar vom UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Unocha) herausgegebenen Dokument heisst es: „Die Notreserven an Brennstoff für lebenswichti-

ge Einrichtungen in Gaza werden in den nächsten zehn Tagen erschöpft sein“. [...] Das Dokument beschreibt diese Situation als „eine durch die Energiekrise ausgelöste humanitäre Katastrophe“, ohne die Ursachen und die Verantwortung für diese Krise anzusprechen.

## Entpolitierte Sprache

Ein Unicef-Bericht über Armut in Gaza stellt fest, dass sich die „wirtschaftlichen Bedingungen“ verschlechtert haben, dass „40 Prozent der palästinensischen Familien im Gazastreifen unterhalb der Armutsgrenze leben und 70 Prozent von irgendeiner Form von externer Hilfe abhängig sind“. Zu keiner Zeit erwähnt dieser Artikel Israel, die Vereinigten Staaten oder ihre Partner. Der von der Weltbank im Oktober 2017 veröffentlichte wirtschaftliche Ausblick für Palästina zeigt, dass die Arbeitslosigkeit in Gaza insgesamt bei 44 Prozent liegt, bei 15- bis 29-Jährigen bei 60 Prozent. Auch dieses Dokument verweist nur vage auf die „anhaltenden Einschränkungen der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit“, ohne Angaben darüber zu machen, worin diese bestehen, wer sie eingeführt hat und warum.

Die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die BewohnerInnen des Gazastreifens stehen, ausschliesslich oder hauptsächlich in der entpolitisierten Sprache humanitärer Probleme und der Armut zu beschreiben, ist irreführend. [...] Es erweckt den Anschein, als seien sie auf natürliche Weise aufgetreten, und verdeckt die Tatsache, dass sie das Ergebnis einer bewussten Politik der Vereinigten Staaten, Israels, Ägyptens und der Palästinenserbehörde sind. [...]

Israel hält Gaza besetzt, und nach internationalem Recht ist die Besatzungsmacht für das Wohlergehen der Bevölkerung in dem von ihr besetzten Gebiet verantwortlich. [...] Da Israel „praktisch die einzige Herkunftsquelle für Güter und Waren ist, die in den Gazastreifen gelangen“, hat es auch „entscheidenden Einfluss auf die dortigen Lebenshaltungskosten“.

## Israels Verbrechen

Derweil bleibt das Gebiet durch die israelischen Import- und Exportbeschränkungen „isoliert und ohne wirkliche Chance auf wirtschaftliche Entwicklung“. [...] Israel hat in weniger als einem Jahrzehnt zudem drei grosse militärische Angriffe durchgeführt und dabei Tausende von PalästinenserInnen getötet.

Ausserdem hat Israel, wie die Menschenrechtsorganisation Al Haq schreibt, eine „Pufferzone“ um Gaza herum errichtet, die das für die Landwirtschaft verfügbare Land stark reduziert. Auch den Meerzugang hat Israel gewaltsam und massiv eingeschränkt: „In Gaza wurden etwa 17 Prozent des Landes zu Sperrgebiet erklärt, wodurch mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen und 85 Prozent des Meeresraums unzugänglich sind. Da Fischerei und Landwirtschaft die Hauptpfeiler der palästinensischen Wirtschaft sind, hat die Blockade verheerende Auswirkungen auf das Leben im Gazastreifen.“ [...]

Israel handelt nicht allein. Die Vereinigten Staaten stellen Israel weiterhin die notwendigen Mittel zur Belagerung des Gazastreifens in Form von militärischer Hilfe und politischem Schutz zur Verfügung. Die ägyptische Regierung, die ebenfalls von grosszügiger Militärhilfe profitiert und die Hamas-Regierung in Gaza ablehnt, hat von seltenen, kurzen Ausnahmen abgesehen verschärft. Im vergangenen Sommer senkte die Palästinensische Autonomiebehörde, die in vielerlei Hinsicht stellvertretend für die USA und Israel handelt, die Gehälter für BeamtenInnen in Gaza und setzte sich erfolgreich dafür ein, dass Israel den Strom im Gazastreifen abschaltet, um die konkurrierende Hamas zu schwächen. [...]

Wie der palästinensisch-amerikanische Journalist Ali Abunimah berichtet, haben die Vereinigten Staaten im Januar beschlossen, mehr als die Hälfte ihres monatlichen Beitrags von 125 Millionen Dollar an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) zurückzuhalten. Dieser Schritt untergräbt die Fähigkeit der Organisation, „grundlegende Gesundheits-, Bildungs- und humanitäre Notdienste für die fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge bereitzustellen“, und „verursacht die schlimmste Finanzkrise in der Geschichte der UNRWA“, so sein Sprecher.

Im Gazastreifen handelt es sich also nicht um ein humanitäres Problem. Es handelt sich um ein politi-

sches Problem. Ein Problem mit Imperialismus. Mit Kolonialismus.

## Falsche Lösungen

Die Beschreibung der Schwierigkeiten, mit denen die BewohnerInnen des Gazastreifens konfrontiert sind, in Begriffen von humanitären Problemen und Armut suggeriert, dass diese durch internationale Hilfe und NGOs gelöst werden können und sollten, anstatt durch eine politische Lösung der Palästina-Frage, die zu palästinensischer Freiheit führen würde.

Tariq Da'na dokumentiert, wie die PalästinenserInnen in eine Situation der institutionalisierten Abhängigkeit von einer globalen „Hilfsindustrie“ geraten sind, weil Hilfe mit Bedingungen verbunden ist.

Die Hilfsindustrie, schreibt er, habe den politischen Raum der PalästinenserInnen dramatisch eingeengt, indem sie das Festhalten am „Friedensprozesses“ forderte, wie die palästinensisch-israelischen Beziehungen seit den Oslo-Abkommen von 1993 fälschlicherweise genannt werden – einer Zeit, in der Israel die Zahl seiner illegalen SiedlerInnen im Westjordanland einschliesslich Ostjerusalem mehr als verdoppelt, Gaza auf seinen heutigen Zustand herabgedrückt und Tausende von PalästinenserInnen getötet hat, während die palästinensische Selbstbestimmung ihrer Verwirklichung keinen Schritt näher gekommen ist.

So wohlgesinnt die Mitarbeitenden der NGOs in Gaza den PalästinenserInnen auch sein mögen, das Mandat solcher Institutionen „geht nicht so weit, die eigentliche Ursache der Belagerung anzugehen“, wie der Journalist und Aktivist Max Ajl betont. Ihre Aufgabe sei bestenfalls, „die Situation rechtzeitig einzufrieren [...], um die PalästinenserInnen im Gazastreifen am Leben zu erhalten“.

Was in Gaza geschieht, ist eine politische Katastrophe, die eine politische Lösung erfordert: die Befreiung der PalästinenserInnen.

*Gregory Shupak, Autor und Professor für Medienwissenschaft an der kanadischen University of Guelph-Humber.*

Quelle: Middle East Eye

# Gleich und gleich gesellt sich gern

Hanspeter Gysin

**Animositäten gegen Juden und Jüdinnen werden historisch in rechten Ideologien verortet, deren Agitation sich seit jeher darauf stützt, Stimmung gegen Minderheiten zu schüren, um Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Identität gegeneinander auszuspielen. Bezüglich der Beziehungen der politischen Rechten und ihres extremen Rands gegenüber Israel und umgekehrt haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten einige Parameter verschoben.**

Als am 3. Oktober 1996 US-amerikanische Anwälte im Auftrag des jüdischen Weltkongresses von der Schweiz mit einer Klageschrift 20 Milliarden Dollar als Entschädigung für Guthaben von Holocaustopfern einforderten und in langem juristischem Hickhack den Schweizer Banken schlussendlich mehr als zwei Milliarden Franken (1.25 Mrd. \$) entlockten<sup>1</sup>, wurden Kritiker des Deals, allen voran Christoph Blochers SVP, von jüdischer Seite und von Israel kategorisch als rechte Antisemiten bezeichnet.

Anfang der 2000er-Jahre hatte die damalige Regierung Israels den Führer der rechten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider, zur unerwünschten Person erklärt und ihn gar als „geistigen Enkel Hitlers“ bezeichnet. Heute wird der Nachfolger Haider, Heinz-Christian Strache, in Israel begeistert empfangen und zum Verbündeten erklärt, unter anderem, weil er sich noch vor Trump für die Versetzung der Botschaft nach Jerusalem ausgesprochen hatte. Dieser FPÖ-Mann war nachweislich Mitglied einer neonazistischen Vereinigung. Heute ist seine rechtsnationalistische Partei gemeinsam mit der konservativen

ÖVP Teilhaberin der österreichischen Regierung. Nicht nur Strache ist willkommen in Israel. Die ganze Phalanx der europäischen Rechten und völkischen NationalistInnen<sup>2</sup> pilgert regelmässig zu den Gesinnungsfreunden in Israel. Sämtliche RechtspopulistInnen Europas, Andreas Mölzer und Strache von der FPÖ, Geert Wilders von der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV), Filip Dewinter vom belgischen Vlaams Belang (VB), Kent Ekeroth von den Sverigedemokraterna (SD), René Stadtkewitz von der deutschen Rechtsausserpartei Die Freiheit, Frauke Petry, ehemals Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Markus Beiricht, Vorsitzender der rassistischen Pro NRW/Pro Deutschland usw., sind auf Einladung von Mitgliedern der regierenden Likud-Partei oder Vertretern der Siedlerbewegung bei organisierten Rundreisen durchs Land und bei provokativen Siedlungsbesuchen im illegal besetzten Westjordanland mit dabei. Dewinter, Strache und Wilders haben nach ihrem Israel-Besuch vor ein paar Jahren eine sogenannte „Jerusalem Erklärung“ verfasst. In der heisst es: „Israel als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist uns wichtiger Ansprechpartner in dieser

bewegten Weltregion. Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren.“ Wilders sagt zu Jerusalem: „Wir alle tragen Jerusalem in unserem Blut, in unseren Genen. Wir alle leben und atmen Jerusalem. Wir sprechen Jerusalem, wir träumen Jerusalem. Einfach, weil die Werte des alten Israels zu den Werten des Westens geworden sind. Wir alle sind Israel und Israel ist in uns allen.“ Oder: „Unsere Kultur beruht auf dem Christentum, dem Judentum und dem Humanismus und die Israelis fechten unseren Kampf aus. Wenn Jerusalem fällt, sind Amsterdam und New York als Nächstes dran.“ Er bezeichnet das jordanische Amman anstelle von Jerusalem als die legitime Hauptstadt Palästinas und fordert ganz im Sinne des ehemaligen israelischen Aussenministers Lieberman den „Transfer“, also die Vertreibung der in Palästina übrig gebliebenen PalästinenserInnen nach Jordanien. Frauke Petry, 2016 von einem sogenannten Europe Israel Freedom Center nach Israel eingeladen, warnte vor der Gefährdung der Juden Deutschlands durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und anderen muslimischen Ländern, was sie „antisemitische Migration“ nennt. Ihr Ehemann Marcus Pretzell ergänzt: „Dass das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson gehört [wie Angela Merkel einst verlauten liess], ist eine Selbstverständlichkeit.“ Dem stimmen gemäss einer Mitgliederumfrage 90 Prozent der AfD-Mitglieder zu. Alexander Gauland, der heutige Parteivorsitzende der AfD, der vor seinem Parteiwechsel in der CDU politisierte, bekräftigt seine Sympathie gegenüber dem Besatzungsregime mit den Worten: „Natürlich stehen wir an der Seite Israels.“ Seine Parteikollegin Beatrix von Storch erklärt: „Aufgrund der besonderen historischen Verantwortung und des Umstandes, dass Israel der einzige westliche demokra-

1 Dass ein übermässig grosser Teil des Geldes schlussendlich in den Taschen der Anwälte gelandet ist, wurde später auch von jüdischer Seite kritisiert.

2 Deutschnationale Korporationen und andere völkische Verbindungen pflegen einen rassistischen Auserwähltheitsanspruch. Ariertum oder Germanentum nährt ihren Chauvinismus. Sie betreiben Burschenschaften mit Namen wie „Germania“, „Teutonia“, „Vandalia“ oder „Nibelungia“. Antimuslimische Agitation verdrängt bei ihnen zunehmend ihre Aversion gegen Juden. Dass eines ihrer wesentlichen Selektionskriterien für gut oder schlecht die Wehrhaftigkeit einer Gemeinschaft ist, erhebt Israel in ihren Augen zu einer dominierenden und damit respektablen Nation.



*Frauke Petry, ehemals AfD-Vorsitzende, vor der israelischen Fahne*

tische Staat im Nahen Osten ist, ist Israel für Deutschland in der Region der natürliche Kooperationspartner. Die Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene sollte intensiviert werden.“ Der zur gleichen Partei gehörige Wolfgang Hübner meint: „Israel sollte in dem Erstarken patriotischer Kräfte in Deutschland nicht Gespenster von 1933 sehen, sondern eine notwendige Gesundung. Diese kann nämlich entscheidend dazu beitragen, dass die absolut grösste Quelle und Ursache des widerwärtigen Auflebens von Antisemitismus und Juden Hass in Deutschland, nämlich der massenhafte Import muslimischer Jungmänner sowie die gar nicht mehr schleichende Islamisierung, endlich gestoppt und unter Kontrolle gebracht werden kann.“

Kent Ekeröth, Abgeordneter der SD im schwedischen Parlament, stellt fest: „Die Rechte findet Israel interessant, weil ihre Beziehungen zu diesem Land helfen, Distanz gegenüber neonazistischen Gruppierungen auszudrücken.“ Auch Marine Le Pen vom Front National (FN) in Frankreich lässt verlauten: „Es besteht eine Gefahr für Juden in Frankreich. Sie sollten aufseiten jener kämpfen, die sich über die Gefahr des islamistischen Fundamentalismus im Klaren sind!“

Aymeric Chauprade, Mitglied des Europaparlaments der Partei, begrüßte die Wiederwahl Netanjahus mit den Worten, er sei „eine gute Wahl, weil er hart gegen Terror und Islamismus vorgehe“. Matteo Salvini, Parteisekretär der rechtspopu-

listischen und ausländerfeindlichen „Lega Nord“, bereiste Israel vor Kurzem ebenfalls. Sein Parteikollege Fiorenzo Provera ist der Meinung, Israel suche die Partnerschaft mit rechten Parteien, weil die Linke Israel aufgegeben habe. Der Knessetabgeordnete Michael Kleiner stimmt ihm zu, indem er sagt: „Die Rechten erkennen besser die reale Gefahr, der Europa seitens der Muslime ausgesetzt ist, sie sind weniger naiv als die Linken.“ Der frühere Chef der UK Independence Party, Nigel Farage, sagte unter anderem: „Wir sind manchmal



*Pegida mit der israelischen Fahne*

nicht stark genug, die Rechte des jüdischen Volkes auf ein Heimatland zu verteidigen, aus Sorge um eine andere Gruppe im Land.“ Was mit der anderen „Gruppe“ gemeint ist, ist leicht zu erraten.

Abgeordnete solcher Parteien haben im Europaparlament eine Gruppe mit dem Namen „Friends of Judea and Samaria“ gegründet, mit der unzweideutigen Absicht, die Annexion des palästinensischen Westjordanlandes durch Israel zu unterstützen.

Die rechtsnationalen bis faschistoiden Regierungen der sogenannten Visegrad-Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien und Slowakei, die mit Be-



*NPD-Vertreter vor der israelischen Fahne / aus Antifa-Berlin*

zug auf ihre „jüdisch-christlichen Werte“ die Aufnahme von Kriegsflüchtlings aus muslimischen Ländern kategorisch ablehnen, pflegen enge Freundschaftsbeziehungen mit der Regierung Israels. Dass die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán offen mit ungarischen Neonazis sympathisiert und er selbst den früheren ungarischen Nazikollaborateur Miklós Horthy lobt, steht dank Orbáns offizieller Unterstützung von Israels Politik dieser Freundschaft offenbar nicht im Wege. Polens neuer Verteidigungsminister Antoni Macierewicz ist ein Rechtsnationaler, der jüdischen Kreisen anlässlich seiner Ernennung noch Anlass gab, bei der polnischen Regierung zu protestieren. Mittlerweile hat der Antisemitismus dort zweifellos die frühere Abneigung gegen Juden/Jüdinnen abgelöst.

## Und in der Schweiz?

Auch die rechtsnationale Szene in der Schweiz darf nicht vergessen werden. Im April 2016 besuchte eine Delegation der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel das Land. Vorne mit dabei die SVP mit den Nationalräten Erich von Siebenthal, Claudio Zanetti, Franz Grüter, Christian Imark, Sebastian Frehner und Alfred Heer, aber auch die nationalrätlichen Vertreter der FDP, Hans-Ulrich Bigler (Chef des Gewerbeverbandes) und Ignazio Cassis (heute Bundesrat und Aussenminister) waren mit von der Partie. Die Herren (mit Ausnahme von Cassis, der sein bundesrätliches Amt in Sicht, auf diesen Teil der Reise verzichtete) scheuten, ganz im trumpschen Stil, auch nicht davor zurück, illegale Siedlungen auf besetztem Gebiet zu besuchen und damit Israels Anspruch auf Annexion dieser Teile des besetzten Palästinas zu unterstützen. Hinter dem Besuch steckten, nebst der besagten parlamentarischen Gruppe, die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA), der Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden in der Schweiz (VFG), die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Missionen in der Schweiz (AEM).

Da wundert es nicht, dass Heer gemeinsam mit Imark, Wobmann

und von Siebenthal dem Bundesrat den Vorschlag machte, auch die Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu beschliessen. Die Eingabe wurde ausserdem unterzeichnet von Hans-Ulrich Bigler, Corina Eichenberger (beide FDP) sowie von Jakob Büchler und Gerhard Pfister (beide CVP).

Übertroffen wurde das Fraternisieren mit dem Besatzungsregime nur noch durch die Inspektion einer Delegation des schweizerischen Militärs im Auftrag von SVP-Bundesrat Guy Parmelin, der dem Militärdepartement vorsteht. Um sich Flugübungen der israelischen Killerdrohne Hermes vorführen zu lassen, hielten sich die Rüstungsbeschaffer mehrfach im gemäss Völkerrecht illegal annektierten Golan auf. Dass es sich bei diesem Aufenthalt kaum, wie behauptet, um einen Irrtum gehandelt haben kann, müsste daraus hervorgehen, dass Militärs eigentlich die Fähigkeit haben sollten, Karten zu lesen, auch dann, wenn das Gebiet ausserhalb der Schweiz liegt. Die Beziehungen des Militärdepartements, welches seit 2001 in SVP-Händen liegt, zu Israel sind bereits seit Samuel Schmid und Ueli Maurer innig wie nie zuvor.

Gastgeber solcher Israelreisen sind neben Rüstungsunternehmen, Leute wie Jehuda Glick, Knessetabgeordneter der Likud-Partei und religiöser Fanatiker, der die Al-Aksa-Moschee durch einen jüdischen Tempel ersetzen will, aber auch Vertreter der Siedlerbewegung wie Ariel Shomer oder der Brigadegeneral der israelischen Armee, Aryeh Eldat, der Wert auf gute Beziehungen zu seinen KumpeIn im Ausland legt. Glick war vor Kurzem von der FPÖ zum Gegenbesuch in Wien zu Gast.

Israels Regierung unter Netanjahu hält zwar den formalen Bann faschistoider Parteien anderer Länder aufrecht. Weil die FPÖ, eine Partei mit offensichtlichen Neonazis in ihren Reihen, mittlerweile der Regierung Österreichs angehört und die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem europäischen Partner weiter aufrechterhalten werden sollen, lässt sie jedoch ihren rechtsradikalen Flügel gewähren, mit den europäischen

Rechtsnationalen zu fraternisieren.

Viele jüdische Gemeinden zeigen sich angesichts dieser Entwicklung entsetzt, einige Organisationen, die israelische Interessen vertreten, wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) oder die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI), reagieren geniert. Vielen jüdischen Organisationen ist es peinlich, dass einige ihrer Funktionsträger aktive Mitglieder bei den Rechtspopulisten von FPÖ (u.a. David Lasar), AfD (u.a. Wolfgang Fuhl) oder Partij voor de Vrijheid (u.a. Gidi Markuszower) sind.<sup>3</sup> Die der israelischen Regierungspartei nahestehende prozionistische Fraktion der Israellobby in Europa und in den USA laviert zwischen Vorbehalt und Zustimmung und gefällt sich ansonsten darin, vor dem „Import von Antisemitismus“ durch Kriegsflüchtlinge aus Syrien zu warnen.<sup>4</sup> Der Europäisch-Jüdische Kongress, ein Dachverband von 39 nationalen Organisationen und jüdischen Gemeinden, möchte Kontakte zu rechten Parteien möglichst ganz verhindern. So verabschiedete der Kongress im Januar folgende Resolution: „Die Generalversammlung hat einstimmig beschlossen, jeden Versuch von Rechtsaussern-Parteien in Europa abzulehnen, jüdische Gemeinden [...] oder Vertreter der israelischen Regierung [...] zu treffen oder mit ihnen zu verhandeln – zum Beispiel mit dem Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich und der Jobbik-Partei in Ungarn.“ Ronald Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, bezeichnete die AfD als „Schande für Deutschland“. Für Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Bayerns, gibt es keine Kompromisse: Für Juden/Jüdinnen sei die AfD „nicht

wählbar“. Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, empört sich öffentlich über die Rechtsnationalen, warnt aber umgehend selbst vor der Einwanderung von Flüchtlingen, von denen er eine potenziell antisemitische Einstellung befürchtet.

In radikal linken Milieus in Israel wird mit Vehemenz gegen die Anbiederung der Regierung an Rechtsradikale in Europa protestiert, doch diese Stimmen sind marginal. Einige ExponentInnen linkszionistischer Kreise bestehen auf der These, wonach gerade in bekennenden Philosemiten die wahren Antisemiten zu erkennen seien. Damit meinen sie, dass meist in evangelikalen und anderen religiös-reaktionären Gruppierungen angesiedelte Leute, in Erwartung einer messianischen Apokalypse im Heiligen Land in Wahrheit die Auslöschung des Judentums ersehnen und für Israel und seine Besatzungspolitik nur werben, um diesem Ziel näherzukommen. Manche verweisen auf den Widerspruch von Anhängern nationalchauvinistischer Ideologien, Juden/Jüdinnen im eigenen Land eher zu verachten, sie in Israel jedoch zu bewundern. Selbst dann, wenn gewisse Rechtsnationale, wie manche meinen, ihre Israelfreundlichkeit aus rein taktischen Gründen pflegen, ist nicht wegzudiskutieren, dass Israels rechte Machthaber ideologisch in wesentlichen Punkten mit den europäischen RechtsnationalistInnen, die von einem ethnisch reinen Staat träumen, übereinstimmen. Die Banden, die in Jerusalems Strassen „Tod den Arabern“ brüllen, sind im Geiste dieselben, die in Europa Asylbewerberunterkünfte anzünden.<sup>5</sup>

3 Allein im Landesverband Baden-Württemberg, wo der als Antisemit geltende Wolfgang Gedeon wirkt, sind 4 der 38 Direktkandidaten jüdisch.

4 Dass sich manche Menschen aus arabischen Ländern mit dem palästinensischen Volk solidarisch fühlen hat mit Antisemitismus nichts zu tun.

5 Israels einzige Schule, die in Jerusalem auf Arabisch und Hebräisch unterrichtet, wurde Mitte letzten Jahres Opfer eines Brandanschlages. Die NZZ schrieb im Juli 2017: „Sie kamen in der Nacht, legten Feuer, sprühten Graffiti und verschwanden, ehe die Polizei kam. Zwei Klassenzimmer der Schule brannten restlos aus. ‚Tod den Arabern‘ mussten die erschrockenen Schüler am Morgen auf den verkohlten Wänden lesen und dass es ‚mit dem Krebsgeschwür keine Koexistenz‘ gebe.“ Die Täter gehörten angeblich der rechtsnationalistischen Lehava-Organisation an, für die jede Form der Assimilation zwischen Juden und Nichtjuden des Teufels ist. Sie wurden bis heute nicht bestraft.

# Antisemitismus: Irrwege einer „Arbeitsdefinition“

Birgit Althaler

**Im Mai 2016 hat das Plenum der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) eine nicht rechtsverbindliche „Arbeitsdefinition“ von Antisemitismus beschlossen, die seither als nützliches Arbeitsinstrument propagiert wird. Nicht ohne Widerspruch.**



Die IHRA-Definition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Gemäss Promotoren soll sie öffentlichen und privaten Instanzen „eine verlässliche Grundlage“ für die praktische Arbeit bieten, um „zu erkennen und einzuordnen, was unter Antisemitismus zu verstehen ist“.<sup>1</sup>

Angesichts dieses Anspruchs erstaunt der „verblüffend unpräzise“ Charakter der Definition<sup>2</sup>. Das Lob auf die „praxisnahe Grundlage“ wird erst im Kontext der Auslegung des Beschlusses und der sich darauf stützenden politischen Interventionen verständlich.

Der Wortlaut ist eine überarbeitete Version der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“, die 2005 von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) veröffentlicht, aber von ihrer Nachfolgeorganisation, der Agentur der EU für Grundrechte (FRA),

infolge heftiger Kritik fallen gelassen wurde. Der Widerstand hatte sich vor allem an der versuchten Verschmelzung von Kritik an Israel mit Antisemitismus entzündet.

Genau diese Verschmelzung findet unter der neuen Definition sogar vermehrt statt. Zur „Veranschaulichung [...] wie sich Antisemitismus manifestieren könnte“, führte die IHRA in einer Pressemitteilung eine Reihe von Beispielen auf, die unter anderem Formen der politischen Kritik am Staat Israel beinhalten. Zwar bestätigte das Ständige Büro der IHRA im September 2017, dass von den Mitgliedsländern nur die zwei zitierten Sätze, nicht aber die Beispiele beschlossen worden sind. Dennoch machte und macht die gemeinsame Präsentation seither die Runde. Die Definition wurde von verschiedenen europäischen Regierungen und dem EU-Parlament<sup>3</sup> übernommen und wird in Medien und öffentlichen Publikationen inklusive der „israelspezifischen Beispiele“ als Referenz zitiert, um Kritik an der israelischen Regierungspolitik als antisemitisch zu qualifizieren.

Die Europäische Koordination der Komitees und Vereinigungen für Palästina (ECCP) verurteilt dieses Vorgehen.<sup>4</sup> Sie kritisiert den manipulativen Umgang mit den Beispielen und fordert Regierungen, Abgeordnete, Parteien und Institutionen auf, die „Arbeitsdefinition“ nicht anzunehmen. Vor allem aber warnt sie vor Versuchen, diesen unklaren Bezugsrahmen zu nutzen, um die politische Meinungsfreiheit einzuschränken und Solidaritätsarbeit mit den PalästinenserInnen sowie Kritik an der staatlichen Politik Israels zu behindern. Diese Sorge ist nicht unbegründet, wie Beispiele aus dem vergangenen Jahr zeigen.

Im Dezember 2016 nahm, gefolgt von anderen Regierungen, die britische Regierung die „Arbeitsdefinition“ an. Sie verwarf dabei die Empfehlung eines Sonderausschusses des Unterhauses, der im Sinne des Rechts auf freie Meinungsäußerung ergänzend festgehalten wissen wollte: Nicht als antisemitisch zu werten sei Kritik an der israelischen Regie-

1 So im 308-seitigen Bericht des bundesdeutschen „unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ (S. 23) [bit.ly/2xqmYdG](http://bit.ly/2xqmYdG); im selben Wortlaut: Themenheft „Antisemitismus“ (S. 49) von Tangram 39 ([bit.ly/2lVe1KI](http://bit.ly/2lVe1KI)), hg. von der Eidg. Kommission gegen Rassismus.

2 David Feldman, Direktor des britischen Pears Institute for the Study of Antisemitism, [bit.ly/2t0pbXs](http://bit.ly/2t0pbXs)

3 [bit.ly/2L5GoGE](http://bit.ly/2L5GoGE)

4 [bit.ly/2xux2IZ](http://bit.ly/2xux2IZ), auf Dt. [bit.ly/2kAKrj8](http://bit.ly/2kAKrj8)

rung oder ein spezifisches Interesse an deren Politik, solange kein zusätzlicher Beleg dafür vorliegt, dass diese antisemitisch motiviert sei.

In Deutschland wurde die IHRA-Definition im September 2017 angenommen und gemäss Auswärtigem Amt „zur Bekämpfung von israelbezogenem Antisemitismus“ um den Satz ergänzt: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“<sup>5</sup> Der von der Regierung eingerichtete „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“<sup>6</sup> zitiert die IHRA-Definition samt israelbezogenen Beispielen, ohne auszuweisen, dass diese nicht Bestandteil der beschlossenen Definition sind. Zudem widmet er dem „antizionistischen/israelbezogenen Antisemitismus“ einen eigenen Abschnitt. Als Beurteilungskriterium, um den „Schwierigkeiten der eindeutigen Zuordnung“ zu begegnen, verweist er ausgerechnet auf Kriterien, die der ehemalige israelische Minister Natan Sharansky zur Erkennung von seiner Meinung nach illegitimer Kritik an der israelischen Politik vorschlägt.<sup>7</sup> Auch das „Lagebild Antisemitismus 2016/2017“ der Amadeu-Antonio-Stiftung bedient sich eines ähnlich unseriösen Argumentationsmusters, weshalb ihr der evangelische Religionspädagoge Manfred Jeub das „unübersehbare politische Interesse“ bescheinigt, „den Staat Israel unangreifbar zu machen“.<sup>8</sup>

Vereinzelte Kritik an der inkonsistenten Definition und ihrer politischen Instrumentalisierung verhält

in einem Land, das die Solidarität mit Israel zur Staatsräson erhoben hat, nahezu ungehört. Im Gegenteil: Es folgen politische Vorstösse, die alle darauf hinauslaufen, Kritik an der israelischen Politik zu stigmatisieren und einzudämmen. Im Januar 2018 bestätigt der Bundestag den Antrag eines breiten Parteienbündnisses<sup>9</sup>, der sich „zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit“ bekennt und die Regierung auffordert, der weltweiten BDS-Bewegung „entschlossen entgegenzutreten“ und „zu prüfen, inwieweit durch einen Boykott Straftatbestände, z. B. Volksverhetzung, erfüllt sind ...“. Mehrere Städte haben unterdessen entsprechende Beschlüsse gefasst, die strafrechtliche Dimension dieser Versuche zur Eindämmung israelkritischer Stimmen ist noch abzuwarten.<sup>10</sup>

In der Schweiz wurde die Arbeitsdefinition zwar nicht offiziell angenommen, sie taucht aber in Publikationen des Bundes auf, ohne dass dort Klarheit über den Stellenwert der „israelbezogenen“ Beispiele geschaffen würde.<sup>11</sup> Ähnlich unpräzise ist die von Bund und NGOs finanzierte Informationsplattform *humanrights.ch*.<sup>12</sup> Obwohl Hass gegen jüdische Menschen auch hier als wesentliches Kriterium für Antisemitismus gilt, vermischt *humanrights* dies mit politischen Kriterien, wenn BDS angesprochen wird, weil es dessen Ziele und Mittel offenbar nicht teilt. Der jährliche „Antisemitismusbericht“ der israelfreundlichen Coordination intercommunautaire contre l'antisémitisme et la diffamation (CICAD), die neuerdings unter anderem von der Stadt Genf subventioniert wird, stützt sich ebenfalls auf die IHRA-Definition.<sup>13</sup>

Kontroverser verläuft die Diskussion über diese Definition und deren politische Instrumentalisierung in anderen europäischen Ländern. In Frankreich protestierten Intellektuelle in einem in *Libération* veröffentlichten offenen Brief gegen die Annahme der IHRA-Resolution samt Beispielen durch das Europäische Parlament und die Vermischung von klar hass-

motivierten und rassistischen Aussagen mit inhaltlicher Kritik an der Politik Israels.<sup>14</sup>

In Grossbritannien hat die NGO Free Speech on Israel für das Jahr 2017 Beispiele von Druckversuchen proisraelischer Lobbygruppen zusammengestellt, die unter Verweis auf die IHRA-Definition israelkritische Veranstaltungen an Universitäten zu verhindern versuchen.<sup>15</sup> Bei anderen öffentlichen Körperschaften, Universitäten, NGOs und ExpertInnen stösst diese Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit auf deutliche Ablehnung.<sup>16</sup> Der Menschenrechtsanwalt Hugh Tomlinson weist auf eine Reihe von juristischen Schwachstellen der Definition hin. In Bezug auf die umstrittenen israelbezogenen Beispiele betont auch er, dass von Antisemitismus nur dort gesprochen werden könne, wo es klare Belege dafür gebe, dass die entsprechenden Aussagen auch die in der eigentlichen Definition genannte Bedingung des Hasses gegen Juden/Jüdinnen erfüllen. In Schottland spricht sich Richter Lord Bracadale in einem, von der Regierung beauftragten, richtungweisenden Gutachten dagegen aus, den Tatbestand von Hassverbrechen auf Kritik an Regierungen oder andere politische Einheiten auszuweiten.<sup>17</sup>

Was den PromotorInnen der IHRA-Definition gemeinsam ist: Sie berufen sich auf einen vagen Massstab für angeblich illegitime Kritik an der israelischen Politik, anstatt inhaltlich auf diese einzutreten. Sie unterstellen pauschal, dass dieser Kritik ein Motiv des Hasses auf jüdische Menschen zugrundeliege. Damit verbunden ist das politische Bekenntnis zu Israel als „jüdischem Staat“ unter Missachtung der palästinensischen Präsenz und Rechte sowie ein Zirkelschluss: Da sie die Frage, wie dieser „jüdische“ Charakter mit der Einhaltung grundlegender Menschenrechte und Bestimmungen des Völkerrechts vereinbar ist, nicht beantworten können, muss die Benennung israelischer Diskriminierung und Völkerrechtsverletzungen ihrer Ansicht nach zwangsläufig antisemitisch motiviert sein.

5 [bit.ly/2xt0R6g](https://bit.ly/2xt0R6g)

6 [bit.ly/2IZJOKo](https://bit.ly/2IZJOKo)

7 Die in der Kritikabwehr häufig zitierten Begriffe „Dämonisierung“, „Doppelstandards“ und „Delegitimierung“.

8 [bit.ly/2kC48XO](https://bit.ly/2kC48XO)

9 [bit.ly/2JgfaQw](https://bit.ly/2JgfaQw)

10 [bit.ly/2sveE6u](https://bit.ly/2sveE6u)

11 [bit.ly/2HjI0T](https://bit.ly/2HjI0T)

12 [bit.ly/2xdWCrB](https://bit.ly/2xdWCrB)

13 [bit.ly/2JxDwFv](https://bit.ly/2JxDwFv)

14 [bit.ly/2sv8W5H](https://bit.ly/2sv8W5H)

15 [bit.ly/2kkziCL](https://bit.ly/2kkziCL)

16 [bit.ly/2swotCi](https://bit.ly/2swotCi)

17 [bit.ly/2sjUr4G](https://bit.ly/2sjUr4G)

# Zu 17 Prozent berechtigt

Birgit Althaler

**Im deutschen Sprachraum prägt der Vorwurf des Antisemitismus die politische Auseinandersetzung über die BDS-Kampagne. Eine Begründung fehlt oft oder stützt sich auf eine fragwürdige Definition von Antisemitismus (siehe Artikel S. 9). Erfahrungen im Umgang mit Deutschschweizer Medien.**



Gleich dreimal hat BDS Schweiz im letzten Herbst auf Medien reagiert, die die BDS-Kampagne als „antisemitisch“ bezeichnet haben, mit unterschiedlichem Ergebnis.

Bei der *Wochenzeitung WoZ* war es möglich, ein Gespräch mit der Redaktion zu führen und die Anliegen von BDS darzustellen. Dabei wurde aber auch deutlich, dass für die Redaktion das Abtasten nach Anzeichen von Antisemitismus beim Palästina-Thema einen zentralen Stellenwert einnimmt. Im Gegensatz zu Beiträgen über andere Solidaritätsarbeit scheint hier die inhaltliche Auseinandersetzung – etwa Fragen nach der Berechtigung von Forderungen, nach Kriterien für bestimmte Aktionsformen oder nach deren Wirksamkeit – blockiert. Im Fall eines von der *Süddeutschen Zeitung* übernommenen Beitrags zum kulturellen Boykott im *Bund* und *TagesAnzeiger* forderte BDS Schweiz eine Gegendarstellung. Diese wurde von der Redaktion interessanterwei-

se mit dem Argument abgelehnt, der Antisemitismusvorwurf sei keine faktische Aussage, sondern eine subjektive Meinung. Vor die Wahl gestellt, den langwierigen Rechtsweg einzuschlagen oder einen Leserbrief zu veröffentlichen, wählten wir Zweiteres.

In einer Groteske endete dagegen eine Beschwerde bei der Ombudsstelle des schweizerischen Radio- und Fernsehunternehmens SRG. In einer fünfminütigen Radiosendung hatte die Religionsredakteurin Judith Wipfler ein völlig verzerrtes Bild der BDS-Kampagne gezeichnet. In einer parteilichen Stellungnahme wies der Ombudsmann Roger Blum die Beschwerde in inhaltlichen Punkten zurück und entblödete sich nicht, eine die israelische Politik beschönigende Geschichtslektion zu erteilen. In seiner Schlussfolgerung, er könne formal „die Beanstandung [...] zu 17 Prozent unterstützen“, weil sich die Redakteurin nicht bei BDS Schweiz informiert habe, macht Roger Blum

einen Gegensatz zwischen der Kampagnenarbeit in der Schweiz und der internationalen BDS-Kampagne auf. Bei Letzterer liege Judith Wipfler mit dem Antisemitismusvorwurf „sicherlich nicht falsch“. Weshalb wir die zugestanden 17 Prozent leider dankend ablehnen müssen ...<sup>1</sup>

Die Erfahrungen zeigen, dass rein medienrechtlich der Spielraum für subjektive und unfaire Wertungen von JournalistInnen recht gross ist. Die Kritik daran muss an der politischen Argumentation ansetzen und deren rhetorischen Gehalt aufzeigen. Ein Standardargument, das erstaunlicherweise selbst von politisch aktiven Leuten oft übernommen wird, ist der Vorwurf des übertriebenen Fokus auf Israel – als gehöre es zum guten Ton, alle paar Jahre auf ein neues Thema umzuschwenken, selbst wenn die kritisierten Probleme in keiner Weise gelöst sind. Ein anderes ist der viel gehörte Verweis auf das „Existenzrecht Israels“, ohne dass präzisiert wird, was mit diesem Begriff genau gemeint ist: der zionistische Anspruch auf einen religiös-ethnisch definierten jüdischen Staat einschliesslich der damit einhergehenden Diskriminierung der nichtjüdischen Bevölkerung? Oder drückt er das berechtigte Anliegen aus, eine friedliche Konfliktlösung dürfe die Existenz jüdischer Menschen im Land nicht infrage stellen? Die beanstandete Radiosendung zeigt, wie JournalistInnen manipulativ eine existenzielle Bedrohung für jüdische Menschen beschwören, wenn von Israel schlicht anerkannte Menschenrechtsstandards gefordert werden.

Nicht zuletzt muss auch die Seriosität der Quellen genauer überprüft werden. Drei der im SRG-Gutachten genannten Autoren betrachten es schon als Beleg für Antisemitismus, wenn Israel Rassismus oder Apartheid vorgeworfen wird, oder leugnen schlicht die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung. Damit liefern sie illustre Beispiele dessen, was einer von ihnen in Abgrenzung zur Kritik selbst als Ressentiment definiert, nämlich wenn „die eigene Weltsicht über jede Form der Faktizität“ gestellt wird.

1 Ein ausführlicher Kommentar zur Stellungnahme inkl. Sendungsabschrift und der Beschwerde von BDS Schweiz findet sich unter dem Link: [bit.ly/2yQ0qUm](https://bit.ly/2yQ0qUm)

# Israels Verbrechen der Apartheid verlangt nach Sanktionen

Florian Rochat

**Es geht nicht mehr um „Meinungen“. In einer gründlichen Rechtsanalyse ist nun nachgewiesen, dass Israel sich des Verbrechens der Apartheid schuldig macht. Das Völkerrecht verpflichtet dazu, dieses nicht nur zu verurteilen, sondern konkret zu bekämpfen.**



Die im Rettungseinsatz erschossene Krankenpflegerin Razan al-Najjar aus Gaza. © Mohammed Zaanoun (Activestills)

Am 15. März 2017 veröffentlichte die Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (ESCWA) einen Bericht über die israelische Apartheid. Erstmals hat damit eine UN-Agentur durch eine sorgfältige, gründliche Studie festgestellt, dass Israel ein Apartheidregime über das gesamte palästinensische Volk errichtet hat: über die PalästinenserInnen im besetzten Gebiet, die palästinensischen BürgerInnen Israels und die Flüchtlinge sowie die PalästinenserInnen im Exil; mit anderen Worten, über alle, in unterschiedlicher, aber systematisch miteinander zusammenhängender Weise.

Unter dem Druck der Vereinigten Staaten und Israels wurde der Bericht zwei Tage nach Veröffentlichung von der UNO-Website genommen. Er ist unter anderen Adressen weiter zugänglich<sup>1</sup> und seine Lektüre ist unerlässlich. Zudem werden dabei die Gründe für diese unangebrachte Zensur verständlich: „Die Angelegenheit ist heikel“, hatte ESCWA-Exekutivsekretärin Rima Khalaf von Anfang an verkündet, als der Bericht herauskam: „Es kann [für die Palästina-Frage und einen friedlichen Ausweg] keine Lösung in welcher Form auch immer geben – ob zwei Staaten oder ein völlig anderer regionaler

oder internationaler Ansatz –, solange das von Israel über das gesamte palästinensische Volk verhängte Apartheidregime nicht überwunden wird. Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Völkerrecht verbietet dieses Verbrechen nicht nur, sondern verpflichtet die Staaten und die internationalen Institutionen – wie im Übrigen auch natürliche und juristische Personen –, Massnahmen zu dessen Bekämpfung zu ergreifen, wo immer es auftritt, und die Verantwortlichen zu bestrafen. Es gibt also keine andere Lösung, als das Völkerrecht umzusetzen und die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuwenden, um Gerechtigkeit herbeizuführen.“<sup>2</sup>

Verschiedene Punkte verdienen es, hier besonders hervorgehoben zu werden:

1) Innerhalb der UNO folgte die Veröffentlichung dieses Berichts einem völlig regulären und klassischen Verfahren: zwei Sonderberichterstatte „zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten“, Richard Falk und sein Vorgänger John Dugard, hatten jeweils die Frage aufgeworfen, ob Israel tatsächlich ein Apartheidstaat geworden sei, und empfohlen, das genauer zu prüfen; zwei Jahre vor Veröffentlichung des Berichts hatten die ESCWA-Mitgliedstaaten das Sekretariat der Kommission gebeten, eine Studie zu diesem Thema durchzuführen; auf ihrer 29. Tagung in Doha, Katar, im Dezember 2016 hatten die Mitgliedstaaten anschliessend eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit einer solchen Studie und ihrer weiten Verbreitung hervorgehoben wurde.<sup>3</sup>

2) Die Autoren der Studie sind keine Neulinge, im Gegenteil: Sie sind ausgesprochen erfahren und qualifiziert.

1 Auf Englisch beispielsweise unter [bit.ly/2lmbQFQ](http://bit.ly/2lmbQFQ)

2 Siehe [bit.ly/2o6CFy6](http://bit.ly/2o6CFy6)

3 Resolution 326 (XXIX) vom 15. Dezember 2016, angenommen an der Sitzung in Doha vom 13. bis 15. Dezember 2016.

Richard Falk war wie erwähnt früher Sonderberichterstatter für die Frage der besetzten Gebiete; er ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Princeton University, hat mehr als zwanzig Bücher geschrieben und den Entwurf von ebenso vielen anderen begleitet oder mitverantwortet. Virginia Tilley, Forscherin und Professorin für Politikwissenschaft an der Southern Illinois University, hat sich auf die internationale und vergleichende Untersuchung von Politiken im Kontext rassistischer und ethnischer Konflikte spezialisiert und umfangreiche Forschungen zur israelischen Politik und zu Südafrika nach der Apartheid durchgeführt.

3) Der Bericht von Richard Falk und Virginia Tilley hält klar und überzeugend fest, dass Israel sich des internationalen Verbrechens der Apartheid schuldig macht, indem es über das gesamte palästinensische Volk in allen Situationen auf unterschiedliche und vielfältige Weise die Kontrolle ausübt. Diese wichtige Schlussfolgerung stützt sich dabei konsequent auf die völkerrechtliche Definition von Apartheid.<sup>4</sup>

4) Diese Definition verdeutlicht, dass das Verbrechen der Apartheid verschiedene Formen annehmen kann, die alle verboten sind; dass dieses Verbrechen im Allgemeinen durch Mechanismen ausgeübt wird, die in den staatlichen Strukturen

gesetzlich verankert sind; und dass diese Zuschreibung daher kaum davon abhängt, welche Parteien oder welcher PolitikerInnen gerade an der Macht sind, sondern von den verfassungsmässigen Grundlagen dieses Staates selbst.

5) Im Fall Israels betrifft die Vielfalt der Situationen und Mechanismen, durch die die Apartheid ausgeübt wird – gegenüber den „arabischen BürgerInnen“ Israels, der Bevölkerung in den besetzten Gebieten einschliesslich des Gazastreifens und Ostjerusalems und gegenüber der palästinensischen Diaspora, die anderswo Zuflucht gesucht hat – nicht nur das palästinensische Volk als Ganzes; ihre wirksame Anwendung hängt zudem gerade von der Zersplitterung dieses Volkes ab.

6) Es gibt also kurz gesagt keinen Grund mehr, von drohender Apartheid in Israel zu sprechen, sondern es geht um deren bewährte Praxis. Und es ist dringend notwendig, eine Lösung für dieses Problem zu finden, denn das palästinensische Volk als Ganzes leidet seit Langem massiv und immer schlimmer und offensichtlicher unter dieser Situation.<sup>5</sup>

### **Welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollten aus dem Bericht gezogen werden?**

Die wichtigsten Punkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Generell fordert der Bericht zunächst die Organe der Vereinten Nationen, nationale Regierungen und zivilgesellschaftliche Akteure einschliesslich religiöser Organisationen auf, die zentrale Schlussfolgerung genau zu prüfen und offiziell mitzutragen: Israels Behandlung der PalästinenserInnen weist alle Merkmale des Verbrechens der Apartheid auf.

Auf dieser Grundlage fordert sie diese verschiedenen Akteure auf, Massnahmen zu prüfen, die im Einklang mit ihren rechtlichen Verpflichtungen gemäss dem Übereinkommen gegen die Apartheid ergriffen werden können. Er weist ferner darauf hin, dass das Verbrechen der Apartheid zu den zwingenden Normen bzw. dem *jus cogens* des Völkerrechts zählt und Staaten daher an das Übereinkommen gebunden sind, auch wenn sie nicht Vertragsparteien sind. Zudem hätten sie selbst ohne das Übereinkommen ähnliche rechtliche Verpflichtungen, weil das Verbrechen der Apartheid nach dem Völkergewohnheitsrecht verboten ist.

Zuhanden der Organe der Vereinten Nationen betont der Bericht, dass alle unverzüglich prüfen sollten, welche Massnahmen angesichts der oben genannten Schlussfolgerung zu ergreifen sind, dass Israel bei der Ausübung seiner Kontrolle über das palästinensische Volk ein rassistisches Apartheidregime aufrechterhält. Und dies unter gebührender Berücksichtigung der Zersplitterung dieses Volkes durch Israel, die selbst ein Aspekt der Kontrollmassnahmen ist; dass insbesondere der Menschenrechtsrat damit betraut werden sollte, seine besondere Verantwortung wahrzunehmen, die Schlussfolgerungen dieses Berichts zu prüfen und seine Empfehlungen zu unterstützen; dass die zuständigen Organe der Vereinten Nationen auch erwägen sollten, beim Internationalen Gerichtshof (IGH) ein Gutachten darüber einzuholen, ob die von Israel zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über das palästinensische Volk eingesetzten Mittel ein Verbrechen der Apartheid darstellen und wenn

4) Apartheid-Definition gemäss Völkerrecht:

- Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid, angenommen durch die Resolution 3068 (XXVIII) der Generalversammlung vom 30. November 1973, in Kraft getreten am 18. Juli 1976. Ausschnitt aus Artikel II: „die folgenden unmenschlichen Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere rassistische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken; a) Verweigerung des Rechtes auf Leben und Freiheit der Person gegenüber einem oder mehreren Angehörigen einer rassistischen Gruppe. Siehe [bit.ly/2JMj8kK](http://bit.ly/2JMj8kK).

Unter den 109 Ländern, die das Übereinkommen ratifiziert haben, findet sich übrigens kein einziger westlicher Staat. Siehe [bit.ly/2tmjCD0](http://bit.ly/2tmjCD0)

- Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, abgeschlossen in Rom am 17. Juli 1998, von der Bundesversammlung genehmigt am 22. Juni 2001, in der Schweiz in Kraft getreten am 1. Juli 2001. Artikel 7, 2.h : „Im Sinne des Absatzes 1 ... bedeutet ‚Verbrechen der Apartheid‘ unmenschliche Handlungen ähnlicher Art wie die in Absatz 1 genannten, die von einer rassistischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassistischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten.“

5) Neben der Lektüre des Berichts von Richard Falk und Virginia Tilley selbst findet man auf Englisch einen hilfreichen achtseitigen Kommentar unter [bit.ly/2yoG9oD](http://bit.ly/2yoG9oD).

ja, welche Massnahmen ergriffen werden sollten, um diese Situation unverzüglich zu beenden.

In Bezug auf die nationalen Regierungen erinnert der Bericht daran, dass das Völkerrecht die rechtliche Verpflichtung beinhaltet, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um das Verbrechen der Apartheid zu verhindern und die Verantwortlichen zu bestrafen. Er fordert, dass Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass sie diese Schlussfolgerung und etwaige parallele Schlussfolgerungen zuständiger Stellen zur Kenntnis nehmen.

Er fordert ferner, dass die nationalen Regierungen im Rahmen ihrer legislativen, exekutiven und gerichtlichen Institutionen alle Anstrengungen unternehmen, um in dieser Hinsicht geeignete Massnahmen zu ergreifen, einschliesslich der Ermöglichung der strafrechtlichen Verfolgung von israelischen Beamten, die nachweislich an Praktiken der Apartheid gegen das palästinensische Volk beteiligt sind.

Er fordert sie ferner auf, Massnahmen von Boykott, Desinvestition und Sanktionen zu unterstützen und auf Forderungen nach solchen Initiativen positiv zu reagieren.

Schliesslich empfiehlt der Bericht, dass die Akteure der Zivilgesellschaft und des Privatsektors dem Menschenrechtsrat ihre Reaktionen auf den vorliegenden Bericht vorlegen, sich über seine Ergebnisse informieren und entsprechend handeln, auch indem sie die Öffentlichkeit über den kriminellen Charakter des Apartheidregime informieren. Weiter fordert er, dass die Akteure des Privatsektors an ihre rechtliche, moralische und politische Verantwortung erinnert werden, ihre Verbindungen zu Unternehmen und anderen Geschäftsprojekten, die das Apartheidregime direkt oder indirekt unterstützen und fördern, aufzulösen.

# Kulturboykott gegen Staatspropaganda

*Roman Vonwil*

**Giro d'Italia und Eurovision Song Contest sollen das Image von Israel reinwaschen. Gezielt fördert die israelische Regierung die Austragung solcher Grossanlässe im eigenen Land. Nicht immer mit Erfolg, wie das kurzfristig abgesagte Freundschaftsspiel gegen Argentinien oder die Konzertsabage der berühmten Popsängerin Lorde zeigen. Boykottkampagnen in den Bereichen Kultur und Sport sind eine wirksame Strategie gegen solche Vereinnahmungsversuche durch die staatliche Propaganda.**



Als Hasbara wird die nach aussen gerichtete Propaganda der israelischen Regierung bezeichnet. Sie zielt vor allem auf ein europäisches und nordamerikanisches Publikum ab und soll in der Öffentlichkeit in wichtigen Partnerländern Israels ein wohlgesonnenes Klima erzeugen. Kultur und Wissenschaft spielen dabei eine zentrale Rolle, wie der israelische Filmemacher Eyal Siv an und die französische Produzentin Armelle Laborie im neu auf Deutsch erschienenen Buch „Legitimer Protest“ darlegen (siehe Kasten auf Seite 2). Gerade Auftritte von weltweit renommierten KünstlerInnen in Israel und das Austragen von viel beachteten Grossanlässen bieten der israelischen Regierung die Möglichkeit, sich in ein positives Licht zu stellen und als Teil der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren.

## Normalisierung von Jerusalem als Hauptstadt

Im Kontext der Hasbara ist auch der Glückwunsch von Premierminister Netanjahu an die israelische Gewinnerin des diesjährigen Eurovision Song Contests zu verstehen. Nachdem er die Sängerin Netta bereits als „beste Botschafterin für Israel“ bezeichnet hatte, gratulierte Netanjahu ihr auf Twitter mit den Worten: „Du hast dem Staat Israel viel Ehre gebracht! Nächstes Jahr in Jerusalem!“ Ganz im Sinn der israelischen Regierung. Seit dem Entscheid von Präsident Trump, die US-Botschaft zu verlegen, artikuliert die israelische Regierung ihren Anspruch auf Jerusalem als „ungeteilte Hauptstadt“ Israels deutlich offensiver. In den letzten Jahren stand eher Tel Aviv als „hippe und weltoffene Metropole“ im

Zentrum der Hasbara-Bemühungen. Die Stadt mit Clubs, Badestränden und der Tel Aviv Pride ist bei einem jungen europäischen oder nordamerikanischen Publikum einfacher zu vermarkten als Jerusalem, das eng verknüpft ist mit Religion und wo auch die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung eher sichtbar und spürbar ist. Dies scheint sich nun etwas zu ändern. Ein weiterer grosser Hasbara-Coup gelang bereits diesen Mai mit dem Start des Giro d'Italia in Israel. Die israelische Regierung zahlte 10 Millionen Euro an die OrganisatorInnen, damit das Radrennen nach Israel kommt. Während auf der offiziellen Webseite des Radrennens zu Beginn noch „Westjerusalem“ als Startort angegeben wurde, änderten die OrganisatorInnen unter israelischem Druck den Eintrag zu „Jerusalem“.<sup>1</sup> Ein weiteres Beispiel dafür, dass durch solche Events gezielt die Annexion der ganzen Stadt als normal präsentiert werden soll. Die Strategie der israelischen Regierung scheint vorerst aufzugehen: So nennt zum Beispiel eine SDA-Meldung zum israelischen Sieg des Eurovision Song Contest 2018 Jerusalem als Hauptstadt von Israel.<sup>2</sup> Eine solche Aussage in einem Schweizer Medium stellt ein absolutes No-Go dar, denn nach wie vor lehnt eine überwältigende Mehrheit der Weltgemeinschaft, darunter auch die Schweiz, diesen Anspruch entschieden ab.

### Sportanlässe zur 70-Jahr-Feier

Der Giro d'Italia wurde mit einem weiteren Anlass verknüpft, der von der Hasbara als Plattform genutzt wird: der Feier zum 70-jährigen Bestehen des Staates Israel. Das Rennen wurde als einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten dargestellt. Ein weiterer Höhepunkt sollte ein mittlerweile abgesagtes Freundschaftsspiel der israelischen Fussballnationalmannschaft gegen Argentinien am 9. Juni 2018

werden. Diese Konzentration von sportlichen Grossanlässen rund um das „Jubiläum“ ist auffällig und fügt sich nahtlos in die israelische Hasbara ein. Sport steht im Ruf – und das wird auch von internationalen Verbänden wie der FIFA und dem Weltfahrradverband UCI gerne betont –, völkerverbindend und vor allem unpolitisch zu sein. Israel kann sich darauf verlassen, dass die Sportverbände und Organisatoren ein grosses Interesse haben, dieses Bild aufrechtzuerhalten, und dass sie notfalls eine politische Auseinandersetzung im Umfeld von Grossanlässen unterdrücken.

Dem wirken internationale Kampagnen entgegen, indem sie den politischen Kontext wieder sichtbar machen. Die BDS-Kampagne gegen den Giro in Israel thematisierte nicht nur die Annexion Jerusalems, sondern auch die Diskriminierung der beduinischen Bevölkerung entlang der Rennstrecke im Negev. Diese Themen wurden in Fachzeitschriften für den Radsport aufgegriffen und erreichten ein mehrheitlich neues Publikum. Öffentlichkeitswirksam erklärte ein irischer Sportjournalist, dass er über die Etappen in Israel nicht berichten wird. Auch die Kampagne unter dem Hashtag #ArgentinaNoVayas (Argentinien, geh nicht) gegen das Spiel gegen Argentinien gewann schnell an Fahrt. Es gelang argentinischen pro-palästinensischen Gruppen, den Sportanlass mit aktuellen israelischen Völker- und

Menschenrechtsverletzungen in Verbindung zu bringen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Mohammed Khalil aus dem Gazastreifen hatte in einer Videobotschaft die argentinische Mannschaft aufgefordert, nicht nach Israel zu kommen. Khalil war während der Massenproteste im Mai von einem israelischen Scharfschützen ins Knie geschossen worden.<sup>3</sup> Am 5. Juni wurde bekannt, dass die argentinische Mannschaft das Spiel absagt. Ausschlaggebend für diesen Entscheid war nebst der internationalen Kampagne, die den politischen Charakter des Anlasses sichtbar machte, wohl das Beharren der israelischen Regierung auf Jerusalem als Austragungsort.

### Druck in der Kultur- und Sportwelt steigt

Mit der Erkenntnis, dass Boykottkampagnen in den Bereichen Kultur und Sport eine geeignete Gegenstrategie gegen die Hasbara-Offensive darstellen, nimmt auch deren Bedeutung und Einfluss zu. Die Kampagnen werden immer populärer und erreichen mittlerweile den Mainstream. Das zeigt die Konzertabsage der Popsängerin Lorde im Dezember 2017, die in Reaktion auf einen Brief von zwei neuseeländischen Aktivistinnen erklärte, sie habe sich als gut informierte Bürgerin gegen einen Auftritt in Israel entschieden. Der brasilianische Jazzmusiker und frühere Kulturminis-



1 [bit.ly/2JhH6V1](https://bit.ly/2JhH6V1)  
2 [bit.ly/2kU7g19](https://bit.ly/2kU7g19)  
3 [bit.ly/2sBVlcM](https://bit.ly/2sBVlcM)

## Impressum

Palästina-Info Juni 2018, Auflage: 2300 dt., 1000 frz.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev, popolo GmbH

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2



ter Brasiliens, Gilberto Gil, hat ein für Juli in Israel geplantes Konzert storniert. Und der künstlerische Direktor des portugiesischen Nationaltheaters hat sich aus Protest gegen die jüngsten Ereignisse im Gazastreifen dem kulturellen Boykott angeschlossen und seine Teilnahme am Israel Festival in Jerusalem abgesagt.

Die Sensibilität von Kulturschaffenden scheint in vielen Fällen vorhanden zu sein. Wegen der Erwähnung der israelischen Botschaft auf der Webseite des Berliner Musikfestivals Pop-Kultur haben 2017 mehrere KünstlerInnen ihre Teilnahme abgesagt. Für die diesjährige Ausgabe des Festivals haben sich bereits fünf Bands mit Verweis auf die politische Lage in Israel/Palästina zurückgezogen.<sup>4</sup> Und auch gegen den Eurovision Song Contest in Israel regt sich bereits Widerstand. Das isländische Staatsfernsehen sagte zu einer Petition gegen diesen Wettbewerb, die innerhalb weniger Stunden mehrere Tausend IsländerInnen unterschrieben haben, dass dies möglicherweise die Entscheidung beeinflussen könnte. Und in Irland haben der Dubliner Bürgermeister Michael Mac Donncha, den die israelischen Behörden im Mai an der Einreise nach Israel und in das besetzte Gebiet zu hindern versuchten, sowie

der frühere Song-Contest-Gewinner Charlie McGettigan dazu aufgerufen, nächstes Jahr nicht am Wettbewerb teilzunehmen. A propos Irland: Im März hat sich der Verband der Studierenden am Dubliner Trinity College mit grosser Mehrheit der BDS-Bewegung angeschlossen.

Im Fussball wird in nächster Zeit eine weitere grosse Kampagne lanciert. Im Fokus steht die israelische nationale Fussballliga, in der nicht nur Klubs aus den Siedlungen mitspielen, sondern zum Beispiel auch der Klub Beitar Jerusalem<sup>5</sup>, der für den notorischen Rassismus unter seinen Fans bekannt ist. Rassismus unter Fussballfans ist zwar ein Problem, das sich nicht auf Israel beschränken lässt. Erschreckend ist aber auch hier die staatliche Indifferenz oder sogar Unterstützung. Ein Video zeigt zum Beispiel die Sportministerin Miri Regev, wie sie zusammen mit Fans feiert. Im Hintergrund sind Sprechchöre zu hören, die „Brennt ihre [palästinensischen] Dörfer nieder“ skandieren. Regev hat sich nie davon distanziert. Mehr Details zur Fussballkampagne folgen in Kürze auf der Webseite von BDS Schweiz (bds-info.ch).

Daneben wird in der Schweiz ebenfalls eine Kampagne gegen die Teilnahme am Eurovision Song Con-

test lanciert. Wir dürfen also gespannt sein, ob der Kultur- und der Sportboykott auch in der Schweiz in den kommenden Monaten wächst und die verdiente Aufmerksamkeit bekommt.



Am 16. Juni 2018 trat die israelische Gewinnerin des Eurovision Song Contest Netta an der Pride Zurich auf. Mit einem offenen Brief, einem Block gegen Pinkwashing an der Pride und einer Veranstaltung über palästinensische LGBTQ\*-Rechte wurde gegen diesen Propaganda-Auftritt protestiert.

<sup>4</sup> [www.boycottpopkulturfestival.com/de/](http://www.boycottpopkulturfestival.com/de/)

<sup>5</sup> Der Klub will sich neuerdings offiziell in „Beitar Trump Jerusalem“ umbenennen. Siehe [bit.ly/2JnShr1](http://bit.ly/2JnShr1)